

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Safer Internet Programm**

Das Internet ist aufgrund seiner zahlreichen Möglichkeiten zum Alltagsmedium geworden, und die Nutzung von Webdiensten wie Blogging, sozialen Netzwerken und Instant Messaging werden bei Kindern und Jugendlichen zunehmend beliebter. Laut einer Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest aus dem Jahr 2007 verfügen 45% der Minderjährigen zu Hause über einen persönlichen Internetzugang. 84% der Kinder und Jugendlichen greifen täglich auf das Internet zu. Über die Hälfte der jugendlichen Nutzer hat bereits ein persönliches Profil in einem der virtuellen sozialen Netzwerke erstellt, in welchem sie individuelle Informationen, Bilder und Dateien darstellen. Die immer komplexer werdende Online-Welt birgt jedoch neben den offensichtlichen Vorzügen auch viele Schattenseiten. Vor allem Kinder und Jugendliche riskieren durch die schnelle Preisgabe ihrer persönlichen Daten nicht nur Nachteile in Schule und Beruf, sondern sind zunehmend durch „Cyber-Mobbing“ und „Online-Grooming“ gefährdet. Die EU hat sich deshalb zur Aufgabe gemacht, durch das Safer Internet Programm das Problembewusstsein der Gesellschaft zu schärfen und nationale Anlaufstellen für Betroffene zu bieten.

Cyber-Mobbing und Cyber-Grooming

Wissenschaftler definieren im Rahmen der Fachtagung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sog. Cyber-Mobbing oder -Bullying als „systematische und wiederholte Schikanie von Personen mittels internetbasierter Kommunikationsmittel“. Praktiziert wird Cyber-Bullying beispielsweise in Form von diffamierenden Äußerungen in Chats, Foren oder Portalen oder mittels Versenden von beleidigenden oder belästigenden E-Mail-Nachrichten. Die Ausweitung des Mobbings von der physischen Gegenwart des Opfers auf die Online-Schikanie wird durch die im Internet herrschende Anonymität begünstigt. Insbesondere Kinder und Jugendliche missbrauchen das Internet für Mobbing-Attacken etwa gegen unbeliebte Mitschüler in dem Bewusstsein, versteckt vor den Augen ihrer Eltern und Lehrer kaum Konsequenzen fürchten zu müssen. Für die Täter hat das Cyber-Mobbing selten gravierende Folgen wie z.B. eine Strafanzeige oder einen Schulwechsel. Die Opfer hingegen leiden vielfach unter psychosomatischen Symptomen oder posttraumatischen Belastungsstörungen.

Online- oder Cyber-Grooming bezeichnet die systematische sexuelle Belästigung von Erwachsenen gegenüber Kindern und Jugendlichen im Internet. Sie erschleichen sich in Online-Chats das Vertrauen junger Internetnutzer – nicht selten mit der Absicht, sich auch im wahren Leben mit ihnen zu treffen und sie zu missbrauchen. Andere Formen der sexuellen Viktimisierung in virtuellen sozialen Netzwerken sind das Übermitteln pornographischer Darstellungen, die verbale sexuelle Belästigung oder exhibitionistische Handlungen. Die Opfer sind vor allem Mädchen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren, allerdings sind auch immer wieder Jungen betroffen.

Laut einer EU-Eurobarometer-Umfrage (2008) äußern sich 60% der Eltern in Europa darüber besorgt, dass ihr Kind Opfer von Online-Grooming werden könnte, und 54% befürchten Cyber-Mobbing.

Bisherige Maßnahmen

Die Europäische Union hat diese Gefahren und die Sorgen der Eltern frühzeitig erkannt und dementsprechend reagiert. Am 25. Januar 1999 beschloss das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Europäischen Rat einen mehrjährigen Aktionsplan der „Gemeinschaft zur Förderung einer sicheren Nutzung des Internets und der neuen Online-Technologien“. Ziel des Aktionsplanes ist es, das Vertrauen der Benutzer in eine sichere Nutzung des Internets zu stärken und illegale und schädigende Inhalte zu bekämpfen. Die Schaffung eines sicheren Umfelds durch Hotlines und Selbstkontrolle ist ein erster Schritt, um das Ziel zu

Nr. 23/09 (18. März 2009)

erreichen. Darüber hinaus sieht der Plan vor, die Entwicklung von Filter- und Bewertungssystemen voran zu treiben sowie deren Verwendung zu fördern. Im Rahmen einer Vergleichsstudie wurden zahlreiche Filtertechnologien auf deren Effektivität überprüft und bewertet. Hinzu kommen Sensibilisierungsmaßnahmen und Lehrmaterial für eine verantwortungsvolle Nutzung des Internets. Der Aktionsplan war zunächst bis zum Jahr 2005 ausgelegt, doch durch die dauerhafte Weiterentwicklung des Internets musste über Folgemaßnahmen nachgedacht werden. Das Programm „Mehr Sicherheit im Internet“ sah weiterführende Maßnahmen im Zeitraum 2004-2008 vor.

In Deutschland hat die Europäische Kommission seit 2004 im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans unter anderem die Organisation **klicksafe** beauftragt. Der Hauptpfeiler der klicksafe-Arbeit liegt zum einen darin, Jugendlichen eine fundierte Medienkompetenz durch Materialien, Broschüren und direkte Aufklärung durch qualifizierte Lehrer, Eltern, Pädagogen und Organisationen zu vermitteln. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in öffentlichen Kampagnen zur Thematik der Internetsicherheit. Durch TV-Spots, Messen und Veranstaltungen wie auch durch den jährlich stattfindenden „Safer Internet Day“ soll die gesellschaftliche Sensibilität geschärft werden.

Durch den EU-Aktionsplan wurde bis Ende 2005 ein europäisches Netzwerk von 21 Meldestellen geschaffen, bei denen illegale Internetinhalte anonym angezeigt werden können. Hinzu kommen 23 nationale Sensibilisierungszentren zur Förderung der verantwortungsvollen und sicheren Nutzung des Internets. Den Erfolg der Maßnahmen belegen 65.000 im Jahr 2005 gemeldete Anzeigen, die zur Weiterverfolgung an nationale und internationale Justizbehörden übermittelt wurden.

Safer Internet Programm 2009 bis 2013

Am 1. Januar 2009 wurde durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat eine Weiterführung des Programms mit einem Budget von 55 Mio. € beschlossen. Das neue Programm verfolgt als Ziele die Steigerung des Problembewusstseins der Öffentlichkeit durch Beratung über relevante Vorsichtsmaßnahmen, die Erweiterung des Netzwerks öffentlicher Anlaufstellen zur Meldung illegaler und schädigender Inhalte und Verhaltensweisen, die Förderung von Initiativen zur Selbstregulierung in diesem Bereich, die Einbeziehung der Kinder in die Schaffung eines sichereren Online-Umfelds sowie die Schaffung einer Wissensbasis über neue Trends in der Nutzung von Online-Technologien. Im Zuge der Initiative wurde erstmalig eine Vereinbarung mit Betreibern von virtuellen sozialen Netzwerken getroffen, um die Sicherheit für Minderjährige bei der Nutzung von Websites zu verbessern. Zu den Unterzeichnern zählen auch die Anbieter von in Deutschland häufig genutzten virtuellen sozialen Netzwerken. Teil der Absprache ist die Ergreifung nachstehender Maßnahmen:

- „Einführung einer einfach anklickbaren und zugänglichen Meldetaste, mit der Nutzer anstößige Kontaktaufnahmen oder Verhaltensweisen mit einem Mausklick melden können;
- Sicherstellung, dass alle Online-Profile und Kontaktlisten der Website-Nutzer, die als unter 18 registriert sind, vorgabemäßig als „privat“ eingestuft werden;
- Gewährleistung, dass die privaten Profile von Nutzern unter 18 nicht suchbar sind;
- Sicherstellung, dass die Optionen für den Schutz der Privatsphäre jederzeit auffindbar und zugänglich sind;
- Gewährleistung, dass zu junge Nutzer von den Angeboten ausgeschlossen werden“.

Über die Umsetzung der jeweiligen Sicherheitsstrategien wird die Kommission durch die betreffenden Betreiber bis April 2009 unterrichtet.

Quellen:

- IP/05/148, IP/06/1512, IP/08/310, IP/08/1899, IP/09/323, IP/97/1041 <http://europa.eu/rapid/> [Stand 10.03.2009]
- www.klicksafe.de [Stand 10.03.2009]
- Müller/Bliesener/Nowak, Erfahrung mit problematischen Internetinhalten bei Jugendlichen in Schleswig-Holstein, (2007), <http://www.schleswig-holstein.de> [Stand 10.03.2009]
- Krüger, 2009, Cyber-Grooming: Gefährliche Anmache im Netz, http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/11/0_3672_7514635_00.html [Stand 10.03.2009]
- GEW (2008). Cyber-Mobbing. Informationen, Tipps und Hinweise zum Umgang mit Mobbing via Internet, E-Mail und Mobiltelefon. April 2008. [Stand 10.03.2009] <http://www.gew.de> [Stand 9.03.2009]
- Pikowsky/Appel, 2008, Cyberbullying und Mobbing, <http://medienkompetenz.rlp.de/> [Stand 10.03.2009]

Verfasserinnen: MRn Birgit Meiners, Tabea Mollenhauer, Konstanze Krüger
Fachbereich WD 5, Wirtschaft und Technologie, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Tourismus